

Die Soziale Frage nachhaltig angehen: Integration fördern und Armut bekämpfen

Ein Beitrag zur Diskussion um eine gesamtschweizerische Armutsstrategie

INHALTE

Die Soziale Frage nachhaltig angehen	1
Chancen eröffnen	2
Integrationskraft der Städte stärken	2
Gesundheit und Soziales zusammen denken	3
Integration und Bildung – Begriffe erweitern	3
Mit Prävention beginnen – Kinder ab Geburt fördern	4
METHODEN	
Den Sozialstaat an seiner Integrationskraft messen	5
Erfahrung der Städte nutzen – tripartit planen und handeln	5
Wissen vernetzen, Prioritäten setzen und an guten Beispielen anknüpfen	6
Soziale Sicherheit koordinieren	7

INHALTE

Die Soziale Frage nachhaltig angehen

Im Gefolge von Deindustrialisierung und Globalisierung stellt sich die Soziale Frage neu. Die zur Verfügung stehenden Instrumente stammen aus dem letzten Jahrhundert. Organisation und Finanzierung der Sozialen Sicherheit sind zukunftsfähig auszugestalten.

Zur Lösung des Reformstaus braucht es eine Gesamtschau: Die Auswirkungen von Massnahmen für Mensch und System sind mit langfristiger Perspektive zu betrachten. Die Rechnung zu Ende rechnen – das gilt auch für Folgen von Massnahmen, die aus Spargründen ergriffen oder unterlassen werden.

Der Bericht des Bundesrats ‚Gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung‘ vom 31. März 2010 weist die Lücken aus: Es fehlt an Koordination, Prävention und Integration. Strategisch wird der Fokus auf die Optimierung von Massnahmen zur Arbeitsmarktintegration gelegt. Die Städteinitiative Sozialpolitik befürwortet die Zielsetzung Arbeitsmarktintegration unter der Bedingung, dass sie in eine Gesamtstrategie eingebettet wird. Massnahmen zur sozialen Integration sind gleichgewichtig zu fördern. Eine Beschränkung auf die Thematik Arbeitsmarktintegration ist zu wenig innovativ für eine gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung und blendet aus, dass

- der Arbeitsmarkt nicht für alle offen ist.
- Armut an kommende Generationen weitergegeben wird.
- schon heute Kinder von Armut besonders betroffen sind.
- Massnahmen zur Arbeitsintegration diesen Kindern selbst keinen Nutzen bringen.
- diese Kinder die Teilnehmenden der Arbeitsintegrations-Programme von morgen sind.
- folglich die Probleme zementiert werden, wenn die Armutsstrategie auf die Arbeitsmarktintegration beschränkt bleibt.

Der Reformstau darf nicht noch grösser werden. Deshalb wurde in der Motion 06.3001 n Mo. SGK-NR Gesamtschweizerische Strategie zur Bekämpfung der Armut neben der beruflichen explizit auch die soziale Integration genannt, wird die Entwicklung konkreter und koordinierter Massnahmen für einen Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der Armut verlangt.

Die Analyse ist gemacht, Konzepte liegen vor, in Pilotprojekten werden Resultate erzielt und in Städten und Kantonen Erfahrungen und gute Beispiele gesammelt. Hier gilt es anzuknüpfen, Kräfte zu bündeln und eine präventive und koordinierte Sozialpolitik zu gewährleisten. Die Sozialpolitik zukunftsfähig machen – dazu braucht es in erster Linie nicht nur mehr Geld, sondern politischen Willen. Die Städteinitiative Sozialpolitik plädiert für einen Vernetzungsansatz: Massnahmen koordinieren; themen- und umsetzungsorientierte Plattformen schaffen; in tripartiter Zusammenarbeit pragmatische, aber nachhaltige Strategien entwickeln und umsetzen.

Der thematisch breite Ansatz erfordert Koordination und Kooperation; zunächst innerhalb der Städte über die verschiedenen Politikfelder hinweg, aber auch zwischen den drei staatspolitischen Ebenen. Die Städteinitiative Sozialpolitik setzt auf gemeinsame Ziele und partnerschaftliche Modelle der Zusammenarbeit mit den Kantonen und dem Bund.

Die Nationale Armutskonferenz vom 9. November 2010 ist deshalb nur ein Anfang: Sie muss der Beginn einer kontinuierlichen tripartiten Zusammenarbeit sein mit dem Ziel, einen nachhaltigen Aktionsplan zur Förderung von Integration zu entwickeln und umzusetzen. Jedes Jahr ist ein Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung!

Chancen eröffnen

Nachhaltige Sozialpolitik ist mehr als Existenzsicherung und Reparatur von wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Problemen. Sie verfolgt eine doppelte Zielsetzung: Neben der materiellen Sicherung ist die – umfassend verstandene – Integration aktiv zu fördern. Die Massnahmen sind gleichzeitig Sicherungsnetz und Sprungbrett, denn Armut ist auch ein Mangel an Chancen. Gelungene Integration ist die beste Prävention gegen Ausgrenzung und Armut. Präventive Sozialpolitik ist ein Sieg im Rennen gegen die Zeit: Früh fördern, früh erkennen und früh intervenieren – so ist Integration zu gewinnen.

In ihrer Strategie ‚Sozialpolitik öffnen und vernetzt handeln‘ postuliert die Städteinitiative Sozialpolitik eine nachhaltige Sozialpolitik, basierend auf den gleichwertigen Pfeilern Existenzsicherung und Integrationsförderung:

- Integrationsförderung: Autonomie und Teilhabe ermöglichen durch aktive Integrationsförderung (Prävention)
- Existenzsicherung: Auffangen von strukturellen Risiken im Rahmen der Sozialen Sicherheit (Armutsbekämpfung)

Prävention und Existenzsicherung verdienen einen gleich hohen Stellenwert. Es gilt zu verhindern, dass verfügbares Integrationspotenzial verspielt wird. Und die kommende Generation die Folgen struktureller Desintegration zu tragen hat.

Integrationskraft der Städte stärken

Die Städte sind Zentren sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung. Zugleich sind sie die Brennpunkte, wo sich die Probleme der Gesellschaft zuerst zeigen. Die Städteinitiative Sozialpolitik verfolgt das Leitbild der Sozialen Stadt, in der Bewohnerinnen und Bewohner sich gesellschaftlich, beruflich, kulturell beteiligen. Städte mit Raum für eine Vielfalt von Menschen und Gruppen, die unterschiedliche Lebensentwürfe verwirklichen können. Städte, die auch Schwächeren Chancen bieten.

Dies erfordert eine nachhaltige Politik, die den sozialen und den gebauten Lebensraum so gestaltet, dass er dem Zusammenleben von Kindern und Berufstätigen, Jungen und Alten, Menschen mit und

ohne Schweizer Pass förderlich ist. Die Städteinitiative Sozialpolitik plädiert für eine integrierte Stadtentwicklung als Verbundaufgabe, die Bildung und Soziales, Gesundheit und Freizeit, Wirtschaft und Finanzen, Bauen, Kultur und Mobilität mit einschliesst und der Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Das Leitbild der Sozialen Stadt steht für eine Stadtentwicklung, welche die Integrationskraft der Städte stärkt.

Gesundheit und Soziales zusammen denken

Was arm macht, kann auch krank machen. Was krank macht, kann auch arm machen. Der Zugang zu Bildung, Beruf und Arbeitsmarkt ist der Schlüssel für eine gesicherte Existenz und gleichzeitig der Schlüssel für körperliches und psychisches Gesundsein. Wenn sich verschiedene Benachteiligungen kumulieren, sind Integration und Gesundheit gefährdet, je länger desto stärker.

Der stabile Zusammenhang zwischen sozialer und gesundheitlicher Ungleichheit ist nachgewiesen. Aber noch immer fehlt es an koordinierten Ansätzen, dagegen anzugehen. Hier liegt ein Präventionsfeld mit hohem volkswirtschaftlichen Sparpotenzial brach. Mit einer Bündelung der Kräfte von Gesundheits- und Sozialpolitik ist Prävention wirksamer als bisher zu gestalten. Armutsprävention und Gesundheitsförderung sind als Querschnittsaufgabe an die Hand zu nehmen.

Die Gesundheits- und Sozialpolitik ist dem Postulat der Chancengleichheit verpflichtet. Die Gesundheitsförderung Schweiz stellt fest, dass Aufrufe zu individuellen Verhaltensänderungen zwar gut etabliert, ihre Wirksamkeit jedoch gerade mit Blick auf die gesundheitliche und soziale Ungleichheit begrenzt ist. Erreicht werden die gut integrierten Schichten, die sich durch einen vergleichsweise gesunden Lebensstil ausweisen. Statt Kampagnen (oder ergänzend) braucht es zielgerichtete politische Massnahmen, die in den konkreten Lebenswelten ansetzen. Das heisst zum Beispiel für Kinder in der Schule: Bewegung im Unterricht, Erlernen von Methoden der Achtsamkeit als Schutzfaktor für die psychische Gesundheit.

Auch unter dem Aspekt der Gesundheitsförderung sind Existenzsicherung und soziale Integration gleich zu gewichten. Zu wenig Geld zu haben, schadet der Gesundheit ebenso wie Chancenarmut. Fehlt den Menschen das Wissen, gebraucht zu werden, mangelt es ihnen an Zuversicht, das Leben autonom führen zu können. Sinkt das Selbstwertgefühl, gerät die Psyche aus dem Lot.

In der Schweiz fehlt eine systematische Koordination von Massnahmen mit gesundheits- und sozialpolitischen Fokus. Die Städteinitiative Sozialpolitik plädiert dafür, diese Lücke umgehend zu schliessen. Gleichzeitig ist in schon bestehenden nationalen Partnerschaften die Frage sozialer und gesundheitlicher Chancengleichheit zum Thema zu machen. Die gemeinsame Zielsetzung von Gesundheitsförderung und Armutsbekämpfung ist evident. Konkrete Mittel und Wege sind zu finden, neue Formen der Zusammenarbeit zu erproben.

Integration und Bildung – die Begriffe erweitern

Integration ist ein Schlüsselbegriff der Politik. Je nach Interessenlage und Zielgruppe ist etwas anderes gemeint: Integration für Ausländerinnen und Ausländer, Integration für Menschen mit Behinderungen, berufliche Integration für Erwerbslose mit guten Arbeitsmarktchancen, soziale Integration für alle Anderen. In der Sozialhilfe meint soziale und berufliche Integration vor allem die Möglichkeit für alle, beschäftigt zu sein – mit Erwerbsarbeit oder gemeinnütziger Arbeit.

Die Städteinitiative Sozialpolitik postuliert eine breitere Definition von Integration. Integration als Bild für Zugehörigkeit, Akzeptanz und Gleichwertigkeit, Integration als Prävention gegen Ausgrenzung. Eine Reduktion von Integrationspolitik auf Ausländerpolitik greift zu kurz. In die Schweiz wandern zunehmend gut qualifizierte Ausländerinnen und Ausländer ein. Sie finden nach ihrer Ankunft in der

Schweiz rasch den beruflichen und sozialen Anschluss. Gleichzeitig haben immer mehr bildungsferne Schweizerinnen und Schweizer sowie Ausländerinnen und Ausländer Integrationsprobleme. Sie fühlen sich von der Gesellschaft abgehängt und vom Arbeitsmarkt nicht gefragt: Leistungsschwache Jugendliche, Menschen mit psychischen und psychosozialen Problemen, Erwerbsarme (working poor) und Langzeitarbeitslose.

Integrationsförderung heisst: Jenen Menschen Chancen eröffnen, denen der Zugang zu Gesellschaft Beteiligung und Beschäftigung erschwert ist – unabhängig von deren Staatsangehörigkeit.

Auch der Bildungsbegriff ist zu erweitern. Die Städteinitiative Sozialpolitik unterstützt das Szenario 2030 der Akademien der Wissenschaften. Dieses entwirft die strategischen Grundzüge eines zukunftsfähigen Bildungsverständnisses. Im Zentrum steht, dass die Menschen ihre Kompetenzen umfassend entfalten können und zu aktiver, selbstbestimmter Teilhabe am öffentlichen Leben befähigt werden. Als Grundlage des neuen, ganzheitlichen und integrierten Bildungsverständnisses dient das Konzept des Humanvermögens mit drei Komponenten: Die Daseinskompetenz – die Befähigung, mit den alltäglichen Herausforderungen, Widrigkeiten und Frustrationen konstruktiv umzugehen; die Fachkompetenz – die Befähigung zur Lösung qualifizierter Aufgaben in einer arbeitsteiligen Gesellschaft; die Sozialkompetenz – die Befähigung, verlässliche soziale Beziehungen einzugehen. Diese drei Komponenten sind im Rahmen der Bildung auf allen Stufen gleichwertig zu fördern. Lernziele sollen nicht länger abfragbare Wissensinhalte sein, sondern zu erwerbende Kompetenzen – entsprechend sind die Bildungsstandards zu definieren.

Bildung, verstanden als Humanvermögen, ist Voraussetzung für eine gelingende berufliche, soziale und kulturelle Integration.

Mit Prävention beginnen – Kinder ab Geburt fördern

In der frühen Kindheit liegt der Schlüssel zur Beseitigung von Integrationshemmnissen. Die ersten Lebensjahre sind wegweisend für die Entwicklung von Kindern. Prävention in Form von Gesundheitsförderung, Erziehungsberatung und familienergänzender Betreuung ist gerade im Kleinkindalter wirksam. Deshalb lohnt es sich, den Frühbereich zu stärken. Prävention bedeutet auch: Entwicklungspotenziale wie -defizite bei Kindern und Risikosituationen in Familien frühzeitig wahrnehmen und niederschwellige Interventionen anbieten. Mit Früherkennung und Frühintervention werden Familien gestärkt und Kosten gesenkt. Der Faktor Zeit ist nicht zu unterschätzen: Haben sich soziale, schulische, gesundheitliche Probleme erst einmal verfestigt, werden spezifische Integrationsprogramme in separaten Strukturen notwendig. Dies erfordert ungleich höheren Aufwand.

Mit Frühförderung kann das Potenzial der frühen Kindheit genutzt werden, kann Chancengerechtigkeit bei Schuleintritt gewährleistet werden. Durch die Vernetzung kann eine Optimierung bestehender Angebote erreicht werden.

Frühförderung umfasst Angebote, Massnahmen und Strukturen, die die ganzheitliche Entwicklung und Bildung von Kindern im Vorschulalter unterstützen. Sie ermöglicht aktives und spielerisches Erfahrungslernen in einem kindergerechten Lebensraum. Sie bezieht Eltern und Kinder gleichermaßen mit ein und fördert die soziale Integration. Frühförderung will auch Kinder und Familien aus benachteiligten Milieus ansprechen. Dazu ist eine spezifische Ausrichtung eines Teils der bestehenden Angebote angezeigt. Frühförderung im Sinne von Bildung, Betreuung und Erziehung findet primär innerhalb der Familie statt. Wo nötig werden familienunterstützende und familienergänzende Angebote zur Verfügung gestellt.

Den Kindern Sorge tragen – das ist eine Aufgabe, die alle angeht. Die Städteinitiative Sozialpolitik fordert, Frühförderung zuoberst auf die politische Agenda zu setzen.

METHODEN

Den Sozialstaat an seiner Integrationskraft messen

Prävention und Nachhaltigkeit sind nicht als Zusatzaufgaben, sondern als Leitlinien der Planungs- und Steuerungsprozesse auf allen Stufen zu verfolgen.

Armutsprävention nützt nur, wenn Armutsgefährdete überhaupt erreicht werden. Mit der Bereitstellung präventiver Angebote ist es nicht getan. Es gilt, die blinden Flecken aufzuspüren, wo Armuts- und Gesundheitsgefährdung wahrzunehmen sind: im Quartier, in der Mütter- und Väterberatung, in der Spielgruppe, in Kindergarten und Schule, im Ausbildungsbetrieb, am Arbeitsplatz.

Um Armut zu bekämpfen und Integration zu fördern, braucht es konkrete Zielsetzungen und Indikatoren. Die Soll-Werte sind nicht aus der Optik der Systeme zu definieren, sondern anhand ihrer Integrationswirkung. Das heisst zum Beispiel für junge Erwachsene in der Sozialhilfe: eine Ausbildung beginnen und abschliessen statt raschestmöglicher Ablösung aus der Sozialhilfe.

Um die Ziele zu erreichen, sind Querschnittsaufgaben zu lösen, braucht es Vernetzung sowie horizontale und vertikale Koordination. Die Zusammenarbeit hat konsequent tripartit (Bund, Kantone, Städte / Gemeinden) und partizipativ (Einbezug aller Akteure) zu erfolgen – hierfür braucht es einen Konsens auf Stufe Exekutive sowie einen verbindlichen Auftrag zur intersektoriellen Zusammenarbeit.

Erfahrung der Städte nutzen – tripartit planen und handeln

Die Soziale Frage stellt sich in der Stadt. Die Städte können einen Beitrag leisten zur Erarbeitung der erforderlichen Gesamtschau.

In den Städten werden soziale Brennpunkte zuerst sichtbar. Hier konzentrieren sich die Probleme, hier entsteht Handlungsbedarf. Die Städte wirken als Seismografen der sozialen Wirklichkeit. Im Zugzwang handeln – vor Ort innovativ wirken, um neuen Herausforderungen zu begegnen: Oft übernehmen Städte eine sozialpolitische Pionierrolle.

Die Städte verfügen über ein hohes Innovationspotenzial und sind bereit, ihr Expertenwissen bei Bund und Kantonen einzubringen. Nicht bereit und auch nicht in der Lage sind die Städte, neue – strukturelle – Problemstellungen im Alleingang zu lösen und gleichzeitig Kostenverlagerungen von übergeordneter Ebene zu tragen.

Die Städteinitiative Sozialpolitik bekennt sich zum kooperativen Föderalismus. Gefordert ist eine konsequente Umsetzung von Artikel 50 Bundesverfassung. Die Städte fordern bei Bund und Kantonen eine partnerschaftliche Zusammenarbeit ein – auf die Erfahrung der Städte kann nicht verzichtet werden. Die Tripartite Agglomerationskonferenz und der Nationale Dialog Sozialpolitik sind ein guter Anfang, weitere Schritte müssen folgen. Der tripartite Ansatz ist ein zeitgemässes Modell der Zusammenarbeit und bedingt:

- Die Städte als sozialpolitische Hautakteurinnen sind im Gesetzgebungsprozess von Anfang an einzubinden, nicht erst in der Vernehmlassung.
- Kostenfolgen von Revisionsvorhaben und Sparmassnahmen sind für alle drei staatlichen Ebenen verbindlich auszuweisen.

- Die Lastenteilung ist ausgewogen zu gestalten: Die Städte erarbeiten als Kompetenzzentren innovative Problemlösungen und sind bei der Umsetzung angemessen durch Bund und Kantone zu unterstützen.

In tripartiter Zusammenarbeit Herausforderungen angehen, themen- und umsetzungsorientiert handeln: Der Ansatz ist vielversprechend, aber er braucht Zeit sowie Partner und Partnerinnen, die zusammenspannen.

Wissen vernetzen, Prioritäten setzen und an guten Beispielen anknüpfen

Die Schweiz verfügt über die nötigen Instrumente, die Soziale Sicherheit nachhaltig zu konsolidieren und Integration zu fördern. Voraussetzung ist die optimierte, zielgerichtete und gesteuerte Zusammenarbeit der Systempartnerinnen und -partner sowie die Bereitschaft, in eine präventive Sozialpolitik zu investieren.

Analysen, Studien, Konzepte liegen vor. In Städten und Kantonen sind zukunftsweisende Projekte am Anlaufen. Was fehlt, ist eine themen- und umsetzungsorientierte Vernetzung von Wissen, Projekten, Institutionen. Eine Auslegeordnung, was bereits zur Förderung von Integration und Bekämpfung von Armut unternommen wird, ist zu erstellen; dies über alle Politikfelder und alle drei staatlichen Ebenen hinweg sowie unter Einbezug von NGO-Projekten. Erst eine solche Übersicht ermöglicht den Vergleich von Resultaten, um aus Erfahrung zu lernen.

Innovation muss nicht überall bei Null ansetzen. Die Städteinitiative Sozialpolitik plädiert dafür, an Bewährtem anzuknüpfen. Es gilt, in einem pragmatischen Ansatz von Erfahrungen mit bestehenden Konzepten und Massnahmen auszugehen.

Die Städteinitiative Sozialpolitik plädiert dafür, die Prioritäten dort zu setzen, wo das Präventionspotenzial am höchsten, wo der Innovations- und Koordinationsbedarf besonders gross ist: Integration fördern mit Frühförderung; Integrationspolitik öffnen für benachteiligte Personen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit; Gesundheits- und Integrationsförderung vernetzen; soziale und kulturelle Integration gleich gewichten wie Arbeitsintegration.

Es gibt zahlreiche Anknüpfungspunkte, zum Beispiel:

Frühförderung gemeinsam angehen

Heute befassen sich nationale und ausserparlamentarische Kommissionen, interkantonale und Fachkonferenzen sowie die Tripartite Agglomerationskonferenz TAK (Bund, Kantone, Gemeinden), die Städteinitiative Sozialpolitik und noch viele mehr mit Frühförderung. Sie sollen eine nationale Plattform zum Austausch und zur Koordination ihrer Tätigkeiten im Bereich der Frühförderung schaffen. Eine schweizerische Gesamtstrategie Frühförderung, welche auf nationaler Ebene in Zusammenarbeit mit Fachkörperschaften zu entwickeln ist, bildet für die Gemeinden eine wichtige Unterstützung für die Entwicklung von Frühförderkonzepten.

Integrationspolitik öffnen

Im Bereich Integrationspolitik hat das 2007 vom Bundesrat verabschiedete Massnahmenpaket wichtige und zukunftsweisende Impulse gesetzt. Die Städteinitiative Sozialpolitik unterstützt die aktuelle Weiterentwicklung und die strategische Ausrichtung des Bundesrates, die Integration zu stärken und zu öffnen. Der Gedanke der Integration als Querschnittsaufgabe und verbindlicher Grundauftrag der zuständigen Regelstrukturen soll stärker verankert werden. Ebenfalls soll die spezifische Integrationsförderung weiterentwickelt werden.

Mit der tripartiten Integrationskonferenz wurde eine gute Basis geschaffen. 2009 hat die TAK erfolgreich in allen Regionen der Schweiz Hearings zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik durchgeführt. Mit der Fachkompetenz vor Ort, mit einer Auslegeordnung prüfenswerter Modelle kann die politische Agenda rasch aufgestellt werden. Die Städteinitiative Sozialpolitik plädiert dafür, die Integrationspolitik für benachteiligte Schweizerinnen und Schweizer zu öffnen.

Gesundheits- und Integrationsförderung an Lebenswelten ausrichten

Die Gesundheitschancen sind ungleich verteilt. Die Städteinitiative Sozialpolitik unterstützt eine Massnahmenplanung, die zur Verbesserung der Chancengleichheit in den alltäglichen Lebenswelten und gleichzeitig bei der Stärkung und Befähigung der Personen selbst ansetzt. Mitarbeitende in Spitälern und Hausarztpraxen, in Kindertagesstätten, in Freizeitvereinen und insbesondere Lehrpersonen in Schule und Ausbildung sind wichtige Türöffner zu benachteiligten Familien. Mit einem für psychosoziale und gesundheitliche Fragen geschärften Blick sollen deutlich mehr Personen mit den bestehenden Angeboten erreicht, sollen existenzielle und gesundheitliche Risiken reduziert werden.

Soziale Integration aufwerten

Das Postulat einer beruflichen Integration für alle ist nicht einlösbar: Die Realität des Arbeitsmarktes sieht so aus, dass es nicht für alle eine Stelle hat. Tatsache ist, dass viele Menschen für immer vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben. Keinen Zugang zum Arbeitsmarkt zu haben, darf nicht gleichbedeutend mit sozialer Ausgrenzung sein. Anschluss für alle schaffen – eine strategische Herausforderung und ein politisches Tabu. Die Städteinitiative Sozialpolitik plädiert für eine Grundsatzdebatte. Diese ist nicht entlang der Finanzfrage zu führen, sondern hat den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Soziale Integration mit Beschäftigung gleichzusetzen, genügt nicht. Soziale Integration muss aufgewertet, neu definiert und politisch legitimiert werden. Teilhabe für alle Menschen ist soziales Gebot und wirtschaftliche Vernunft.

Soziale Sicherheit koordinieren

Die Frage nach der Zukunft der Sozialen Sicherheit wird bislang auf die Sozialversicherungen und deren Leistungsumfang und Finanzierbarkeit fokussiert. Mit Planung und Weitblick gilt es, weitere Herausforderungen anzugehen:

- die Sozialversicherungen an den wirtschaftlichen und sozialen Wandel anpassen
- Sozialversicherungen, Bedarfsleistungen und Sozialhilfe koordinieren (vertikal und horizontal)
- die Auswirkung von Gesetzesrevisionen auf parallele und nachgelagerte Systeme mitdenken und die Folgekosten bei Bund, Kantonen sowie Städten und Gemeinden verbindlich ausweisen
- einen Lastenausgleich Existenzsicherung einführen
- die Existenzsicherungspolitik als Querschnittsaufgabe mit präventivem Auftrag wahrnehmen
- ein Bundesrahmengesetz Existenzsicherung und Integration entwickeln.

Die Städteinitiative Sozialpolitik fordert den Bundesrat auf, die überfällige Grundsatzdiskussion in Gang zu setzen, die Koordination der Sozialen Sicherheit anzugehen und dabei die Federführung zu übernehmen. Eine tripartite Projektorganisation soll den Einbezug der Kompetenzen von Kantonen, Städten und Gemeinden, Wirtschaft und Sozialpartnern sicherstellen. Vorliegende Reformvorschläge sind zu prüfen; an Vorarbeiten ist anzuknüpfen.

10. September 2010